



Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Spendenkonto

DPG – IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10

Rundbrief November I 2022

Netanjahu erneut Ministerpräsident!

Zum Ausgang der israelischen Knesset-Wahlen und zu ihren Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung und die Zukunft Palästinas werden wir demnächst ausführlich berichten. Zurzeit kann festgestellt werden, dass die üblichen telefonischen Glückwünsche seitens der deutschen und auch US-amerikanischen Regierung bislang ausgeblieben sind. Selbst unter den engsten Verbündeten Israels scheut man offensichtlich noch, in der Öffentlichkeit in allzu großer Nähe mit diesem Politiker wahrgenommen zu werden. Fürchtet man etwa um Ruf und Glaubwürdigkeit der Politik des Westens?

Die Inflation der Antisemitismusrwürfe gegen israelkritische Positionen und Perspektiven einer demokratischen notwendigen Versachlichung

Stellt man sich die Frage, was die Bewegung der Querdenker und prominente Vertreter und Organisationen der israelischen völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik gemeinsam haben, so liegt die Antwort auf der Hand: die immer wieder verblüffende Ignoranz offensichtlicher Fakten. Für den nur etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Deutschlands organisierenden „Zentralrat der Juden“ und die sympathisierende „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ lässt sich das unschwer immer häufiger und an immer absurderen Beispielen verifizieren. Die seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholten Angriffe auf Personen und Diffamierungen ganzer Institutionen, die aktiv oder auch nur unterstützend für die in Palästina gegründete und inzwischen weltweit aktive gewaltfreie BDS-Bewegung eintreten, erreichen inzwischen ein Ausmaß, dass für die Solidaritätsbewegung mit dem besetzten Palästina eine ständig wachsende Antisemitismus-Drohkeule darstellt. Es nimmt inzwischen Demokratiegefährdende Ausmaße an. Und dieses, obwohl juristisch eindeutig sowohl auf deutscher wie europäischer Klargestellt wurde, dass diese Angriffe jeder Grundlage entbehren. So hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinem einstimmigen Urteil vom 11.6.2020 gegen den französischen Staat („BDS als legitimes Mittel der freien Meinungsäußerung“), ebenso wie das Bundesverwaltungsgericht in seinem einstimmigen Urteil gegen die Stadt München vom 20.01.2022. Auch ein ausgerechnet vom "Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus" Dr. Felix Klein in Auftrag gegebenes Gutachten des „Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages“ über die „BDS-Resolution“ des Parlaments vom 18.12.2020 kam zu dieser eindeutigen Rechtsauffassung. Es formulierte, dass „daher keine rechtliche Bindungswirkung für andere Staatsorgane (besteht)“. Der Beschluss stelle "eine politische Meinungsäußerung im Rahmen einer kontroversen Debatte dar“.

Als im vorigen Monat Annie Ernaux den Literatur-Nobelpreis zugesprochen bekam, ging in Europa und vor allem in Frankreich eine hohe Zustimmung durch die Feuilletons. Obwohl es überall nach den Problemen des Komitees in den vergangenen Jahren begrüßt wurde, dass die großartige französische Schriftstellerin die längst verdiente Auszeichnung bekam, meldete sich umgehend der "Zentralrat der Juden" in Deutschland. Er bezeichnete die Vergabe des

Literaturnobelpreises an Annie Ernaux als "verstörend". Die Auszeichnung für die Französin sei ein Rückschlag für den Kampf gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit, sagte Zentralrats-Präsident Schuster der Deutschen Presseagentur. Er beurteile nicht ihr literarisches Werk, aber die Auszeichnung wirke weit über die Fachwelt hinaus., während die Fachwelt in Lobeshymnen schwelgte, wirkt eine solche Aussage geradezu absurd. Schon nach der Bekanntgabe des Nobelpreiskomitees hatte es in der israelischen Presse Antisemitismus-Vorwürfe gegeben. Ernaux wird eine Nähe zur israelkritischen gewaltfreien BDS-Bewegung vorgeworfen, die sich unter anderem gegen die Zusammenarbeit in Kultur und Wissenschaft mit dem Land richten würde. 2018 hatte Ernaux mit 80 Kunstschaaffenden zum Boykott der Kultursaison "Frankreich-Israel" und 2019 zum Boykott des Eurovision Song Contests in Tel Aviv aufgerufen. In Frankreich und auch sonst in keinem Land Europas außer in Deutschland gibt es ähnliche Diskussionen.

Die perfiden Angriffe gegen Annie Ernaux fügen sich in eine lange Reihe ähnlicher absurder Vorfälle ein. Besonders nach einer Vielzahl von allzu oft gelungenen Eingriffen bei israelbezogenen Veranstaltungen in zahlreichen Kommunen, zuletzt der Angriffe auf die Documenta in Kassel und die noch anhaltenden Auseinandersetzung. In deren Folge steht auch noch aktuell die Angriffe auf die Vergabe von Lehraufträgen der Kunst-Hochschule in Hamburg an die auf der Kasseler Documenta angegriffenen ruangrupa-Künstler.

Und als neuester Fall führten die Antisemitismus-Vorwürfe gegen die britische Autorin Caryl Churchill, der der Europäischen Dramatikerpreis vom Schauspiel Stuttgart für ihr Gesamtwerk verliehen werden sollte, zur Rücknahme und Nichtverleihung des erst im April zugesprochenen Preises. Wieder ging es um den von den einschlägig bekannten Israelkritiker-Jägern um den absurden Vorwurf der Unterstützung der BDS-Bewegung,

Es wird sich erst etwas ändern, wenn in Deutschland ein Umdenken im Mainstream von Politik und Medien einsetzt, dass beide Narrative der Staatsgründung Israels im Kontext gesehen werden und als aufeinander bezogene und integraler Teil auch der deutschen Geschichte und gesamteuropäischer Verantwortung gesehen wird. Erst dann wird die spezifische deutsche auf den Holocaust bezogene besondere Beziehung zu Israel aufgelöst werden können. Dazu gibt es in jüngeren wissenschaftlichen Beiträgen Belege, wie etwa von Sarah El Bulbeisi von der Universität Beirut oder Charlotte Wiedemanns 2022 erschienenem Buch "Den Schmerz der anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis". Auch den neueren Beiträgen des in Haifa geborenen deutschen Historikers Joseph Croitoru werden in diese Richtung diskutiert. Diese wissenschaftlichen fundierten Beiträge könnten langfristig auch dazu beitragen, gesellschaftliche Diskussionen auch in Bereichen, die aktuell auf das vorherrschende Narrativ, wie es von den die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas mehr oder weniger direkt oder indirekt verteidigenden Organisationen und Funktionsträgern vertreten wird, zu fördern.

Es bedarf allerdings in Deutschland auch eine höchstrichterliche eindeutige Klärung beim Bundesverwaltungsgericht und danach wohl auch beim Bundeserfassungsgericht, wo die Grenze zwischen notwendiger Verfolgung realen Antisemitismus einerseits und verfassungsrechtlich berechtigter Kritik der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik Israels Die Grundlage dazu bieten die inzwischen in mehreren Städten Prozesse, die klargelegt haben, dass die einfache Unterstützung der BDS-Bewegung keineswegs antisemitisch sei und damit auch zu kommunalen Gebäuden und Sälen für Veranstaltung Zugang zu gewähren. Auf die Notwendigkeit einer solchen „höchstrichterliche Klärung“ wies schon der Vorsitzende Richter Dieter Zöllner bei einem Verfahren vor dem Münchner Gericht hin, da am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof schon Zweifel durchblicken ließen, dass die Entschließung des Bundestags zu BDS, an der sich bundesweit fast alle Kommunen orientieren, verfassungsrechtlich höchst problematisch ist. Das grundgesetzlich verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung wird dadurch missachtet. Schon der renommierte Jurist und Chefkorrespondent Stephan Detjen des Deutschlandradios forderte in einem vielbeachteten FAZ-Artikel 2020, dass es jetzt erforderlich wäre „einen Reset der Debatte vorzunehmen, um

die definitorischen und institutionellen Grundlagen für eine wirksame Bekämpfung des Antisemitismus im Lichte der jüngsten Erfahrungen selbstkritisch zu überprüfen und nachjustieren.“

Dies wäre eine Voraussetzung, dazu beizutragen die von der Exkanzlerin Merkel propagierte fatale Politik der "Staatsraison" zu überwinden. Weniger hilfreich sind hingegen Beiträge, die vom sprachlichen Duktus und provokativer Begrifflichkeit eher den Beifall der eigenen Community der Solidaritätsbewegung treffen, aber vom Mainstream in Politik und Medien eher ignoriert werden. Schon die aktuelle Situation zeigt, dass der Großteil der Medien nur selten Texte wie Leserbriefe oder Stellungnahmen publiziert, die besetzte "provokative" Begriffe wie z.B. „Apartheid“ oder „BDS“ enthalten, selbst wenn sie reale Situationen benennen.

Dr. Detlef Griesche, Vizepräsident der Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V

Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung

Meron Mendel beschwört in seinem Kommentar zu den israelischen Wahlen den Mythos vom säkularen demokratischen Zionismus, der nach seinen Worten "Hoffnung auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit den palästinensischen Bürgern Israels und eine friedliche Lösung mit den Palästinensern im Westjordanland und in Gaza (hat)."

Mendel entwickelt das bekannte Bild von der Polarität Tel-Aviv versus Jerusalem: Tel Aviv das liberal- säkulare, Jerusalem das -immer dominanter- religiös- nationalistische Lager. Der gesellschaftliche Wandel erklärt Mendel zufolge den politischen Erfolg der rechtsextremen, offen rassistischen Partei eines Ben-Gvir, der bei den Wahlen zur Knesset diese Woche den größten Sprung in der Wählergunst nach vorne gemacht hat. Die Ursprünge seiner Partei liegen bekanntlich in der Kach- Bewegung von Meir Kahane, des mit den Worten von Uri Avnery „jüdischen Nazis“, der mit seinen Forderungen nach Vertreibung der Araber immerhin schon in den 80 - er Jahren einen Sitz in der Knesset errang. Später beschloss das Oberste Gericht Israels seinen Ausschluss von einer erneuten Kandidatur wegen „Aufstacheln zum Rassismus“.

Inzwischen, so die Argumentation von Mendel, seien solche Positionen in Israel so gesellschaftsfähig geworden, dass Ben-Gvir der Weg vom "Königsmacher" zum neuen König von Israel " offen zu stehen scheint. Netanjahu, so auch der Tenor in der aktuellen Berichterstattung, muss jetzt diesen extremen Rechtsaußen zügeln, um ihn und seine Partei in eine Regierungskoalition einzubinden.

Dabei ist dieses Phänomen der politischen „Rechtsaußen- Überholmanöver" in der israelischen Politik seit sehr langem gang und gäbe. Nachdem dass auch für mich damals Unfassbare Wirklichkeit und der Schlächter von Sabra und Schatila Ariel Sharon zum Ministerpräsidenten Israels gewählt wurde, erschien dieser wenig später nach dem Aufstieg von Benjamin Netanjahu schon als gemäßiger Politiker, der sich gerne mit den Lämmern seiner Farm der Öffentlichkeit präsentierte. Jahre vorher hatte sich dieses Phänomen teilweise noch im Zickzack über die besagten Lager- und Parteigrenzen hinweg vollzogen, von der säkular- liberalen Arbeiterpartei um Peres und Rabin zum revisionistisch- nationalistischen Lager um Begin und Shamir, die sich in der Regierungsführung nach gemeinsam verabredeten Rotationsprinzip ablösten.

Nein, diese von Meron Mendel wieder aufgetischte israelische 2-Lager-Theorie spiegelt nur eine Scheinrealität, und er selbst weist ja daraufhin, dass es die Arbeiterpartei war, die nach 1967 das jüdische Siedlungsprojekt in den eroberten Gebieten in Angriff genommen hat.

Als ich einmal vor langer Zeit die mir heute so völlig naiv anmutende Frage an einen älteren Palästinenser richtete, ob die "linke" Arbeiterpartei unter Peres nicht doch dem Likud vorzuziehen sei, kam die Antwort: "Alkelb achul-selek" (الكلب أخو السلق), eine schon fast sprichwörtliche, die Lage der Palästinenser unter israelischer Herrschaft reflektierende „Weisheit“, die frei übersetzt lautet "Der Hund ist der Bruder des Windhundes". Die von Mendel gegenübergestellten politischen Lager Israels sind sich denn auch plötzlich ganz einig, ja übertreffen sich gegenseitig in ihrem militärischen Eifer, wenn es um die Unterdrückung der Palästinenser geht. Wer bei den jüdisch-israelischen Wählern punkten will, das ist bekannt, muss sich mit militärischer Härte hervortun.

Die Gründungsväter aus dem säkular-liberalen Lager um Ben Gurion boten in der israelischen Unabhängigkeitserklärung den „Nachbarstaaten und ihren Völkern [!!!] die Hand zum Frieden“, während sie gleichzeitig den Plan Dalet zur systematischen Vertreibung der Palästinenser aus dem Land umsetzten. Aus meiner Sicht hat diese mythische 2-Lager-Theorie im Wesentlichen ebenso die Funktion, der Weltöffentlichkeit etwas vorzugaukeln, dass nämlich der permanente Rechtsdrall der israelischen Politik ein Irrweg sei und es gelte zum angeblich ursprünglichen, irgendwie humaneren Zionismus des säkular-liberalen Lagers zurückzukehren...

In der Tat, es stehen sich im Land zwei Lager gegenüber: einerseits die jüdischen Israelis, die laut neuem Nationalstaatsgesetz als Juden selbstverständlich die vollen Bürgerrechte genießen und über alle politischen Lager hinweg ihren zionistischen Traum von der Herrschaft über Eretz Israel mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften verfolgen und andererseits die PalästinenserInnen, als sogenannte „israelische Araber“ de facto Staatsbürger zweiter Klasse im Kerngebiet Israels in den Grenzen von 1948 sowie die PalästinenserInnen in den 1967 eroberten Gebieten, im Unterschied zu ihren Landsleuten in Israel zusätzlich auch de jure rechtlos gegenüber der israelischen Besatzung - ganz im Unterschied „natürlich“ zu den dort lebenden israelischen Siedlern.

Amnesty International hat diese Situation als Apartheid beschrieben. Und die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem gibt in ihrer aktuellen Situationsanalyse konsequenterweise die Differenzierung zwischen israelisches Kerngebiet und den 1967 eroberten Gebieten explizit auf: nach über fünfzig Jahre andauernder Besatzung steht diese Unterscheidung tatsächlich nur noch auf dem Papier, erscheint fiktiv. PalästinenserInnen, ganz gleich, ob aus Nazareth oder Bethlehem, sind ein Volk und unterliegen in gemeinsamer Solidarität jüdisch-israelischer Vorherrschaft und Unterdrückung.

Der Hinweis auf die palästinensische Autonomiebehörde, dessen zwielfichtige Rolle als Marionette und Handlanger der israelischen Besatzung für alle immer deutlicher zu Tage tritt, sei nur der Vollständigkeit der realen Lagebeschreibung halber noch abschließend hinzugefügt. Die „Hoffnung auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit den palästinensischen Bürgern Israels und eine friedliche Lösung mit den Palästinensern im Westjordanland und in Gaza“, von der Meron Mendel schreibt, ist - in der einen oder anderen Variante – grundlegend auch die Hoffnung aller mir bekannten PalästinenserInnen. Tatkräftig unterstützt werden sie auf israelischer Seite allein nur von einer klitzekleinen Minderheit, sehr aktiven und mutigen Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Wissenschaftlern und Einzelpersonen, die sich vom Zionismus, ganz gleich welchen Lagers, abgekehrt haben und dabei teilweise so weit gehen, sich von ihrer israelischen Staatsangehörigkeit zu verabschieden.

Anton-Günther Janßen, DPG-Mitglied